
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 13 (1985)

DOI: 10.11588/fr.1985.0.52261

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

ADOLF KIMMEL

ERHARD UND KIESINGER: ZWEI IN IHRER BEDEUTUNG VERKANNTEN POLITIKER?

Die Geschichte der Bundesrepublik in den sechziger Jahren

Die sechziger Jahre: eine »übersehene« Zwischenzeit

Im öffentlichen Bewußtsein und bis zu einem gewissen Grade selbst für die zeitgeschichtliche Forschung zerfällt die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in zwei fast gleich lange Phasen: die Ära Adenauer (1949–1963) und die sozialliberale Koalition (1969–1982). Beide sind geprägt durch herausragende Bundeskanzler und strukturiert durch innen- und außenpolitische Grundoptionen (politischer und wirtschaftlicher Wiederaufbau und Einfügung ins westliche Bündnis, »innere Reformen« und neue Deutschland- und Ostpolitik), um die sich das vielfältige politische Geschehen ordnen läßt. Die Jahre dazwischen verblassen, gewinnen nur schwer eine eigene historische Existenz: sie gelten als Ausläufer der Ära Adenauer, als Vorläufer der »neuen« sozialliberalen Zeit. Diesen Zwischenjahren fehlen die die politische Bühne beherrschenden »Helden« – Erhard und Kiesinger gelten bislang, zumal im Vergleich zur Adenauer'schen Kanzlerdemokratie, als schwache Kanzler – wie auch die großen Themen, um die der Streit der Protagonisten geht. So werden die Ereignisse unübersichtlicher, die sechziger Jahre erscheinen politisch als eine konturenlose Zwischenzeit.

Ihre gewiß nicht leichte Darstellung ist der Gegenstand des vierten Bandes der großen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, deren erste drei Bände hier schon besprochen worden sind. Es mag überraschen, daß mit Klaus Hildebrand ein Historiker als Autor betraut wurde, der zwar ein ausgewiesener Fachmann für das Dritte Reich und, wie die zahlreichen eingestreuten Vergleiche belegen, ein Kenner der modernen englischen Geschichte ist, mit Forschungen zur deutschen Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg bisher aber nicht hervorgetreten ist. Niemandem, der den umfangreichen Band gelesen hat, wird der Gedanke kommen, diese Wahl sei deswegen ein Fehlgriff gewesen. Wie immer man zu mancher Einschätzung und Wertung Hildebrands stehen mag, so dürfte unstreitig sein, daß er ein bedeutendes Werk vorlegt, das das von Hans-Peter Schwarz gesetzte hohe Niveau hält.

In wohl noch stärkerem Maße als die Bände zur Ära Adenauer mußte die Darstellung »aus den Archivalien gehoben« werden, und sie dringt in bisher kaum oder gar nicht erforschte Gebiet vor. Neben den von den Parteien wiederum in liberaler Weise zugänglich gemachten Materialien (Sitzungsprotokolle der Partei- und Fraktionsvorstände von CDU, SPD und FDP¹) konnte der Vf. erstmals ausgiebig die Nachlässe der beiden Regierungschefs benutzen. Einmal mehr wird damit deutlich, daß auch ohne Zugang zu staatlichen Akten eine seriöse, auf einer soliden Quellenbasis beruhende Zeitgeschichtsforschung möglich ist. Aber bei der

* Zugleich Besprechung von: Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart (Deutsche Verlags-Anstalt) und Wiesbaden (F. A. Brockhaus) 1984, 531 S. (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in fünf Bänden, hg. von Karl Dietrich Bracher, Theodor Eschenburg, Joachim C. Fest, Eberhard Jäckel, Bd. 4.)

1 Für die CSU stützt sich Hildebrand auf Mintzels Arbeiten. Hat die Hanns-Seidel-Stiftung ihre Bestände nicht geöffnet?

Lektüre von Hildebrands Darstellung wird auch klar, daß das andere Handikap schwieriger zu überwinden ist: Die objektivierende historische Distanz ist bei einem nahen, in den gegenwärtigen politischen Streit noch hineinreichenden Zeitabschnitt offensichtlich nur recht annähernd zu gewinnen.

Bundesdeutsche Außenpolitik in veränderter weltpolitischer Konstellation

Innen- und außenpolitische Fragen werden in der Darstellung, die aus zwei Hauptteilen besteht (»Erhards Regierungen« und »die Große Koalition«), gleichermaßen berücksichtigt, denn »was die Bedingungen der deutschen Mittellage ausmacht, und das, was sich aus den Voraussetzungen des sozialstaatlichen Parlamentarismus ergibt, markierte den Rahmen unserer Geschichte« (463). Der Vf. wendet sich zwar gegen jede Einseitigkeit, jeden »Primat«, aber seine Überzeugung, die auch seine bisherigen Publikationen kennzeichnet, schimmert durch, wenn er wiederholt schreibt, daß in der Bundesrepublik »die Fragen der Außenpolitik für das Schicksal von Regierungen und das Zustandekommen von Koalitionen oftmals viel entscheidender als die gleichfalls sehr zentralen wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten« sind (196) – eine Auffassung, über die sich im übrigen diskutieren ließe. Die Wechselwirkung zwischen Innen- und Außenpolitik, die Hildebrand zu seinem »historiographischen Bezugspunkt« erklärt, muß der Leser freilich weitgehend selbst herstellen, denn die beiden Bereiche werden in getrennten Kapiteln abgehandelt.

Schon in der Einleitung hebt Hildebrand den »weltpolitischen Wind der Veränderung« hervor, der »die Staatsräson der Republik ... in arge Mitleidenschaft zog« (20/1). Der Kalte Krieg, dem die Bundesrepublik wesentlich ihre Existenz verdankte, machte nach der Kuba-Krise der Détente Platz. Die herkömmliche Formel »Entspannung durch Wiedervereinigung« konnte in dieser neuen Konstellation nicht mehr Richtschnur der bundesrepublikanischen Außenpolitik sein, denn für den amerikanischen Verbündeten besaß nach einem »atomar gebotenen Kurswechsel« die Entspannung nun erste Priorität. Sollte, mußte sich die Bundesrepublik hier anschließen, da sie ansonsten in die Isolierung zu geraten drohte? Die Amerikaner sähen es zwar gern, heißt es in Heinrich Krones Tagebuch, »wenn wir an die Spitze bei den Ost-West-Gesprächen über Deutschland träten« (zit. S. 85), aber von der Gefahr einer Isolierung konnte nach Ansicht Hildebrands gleichwohl »überhaupt keine Rede sein«, auch wenn man diesem Wunsch nicht nachkam. Von dieser Position aus, die freilich in erheblichem Maße eine subjektive Einschätzung und keine aus den Akten belegte unumstößliche Tatsache ist, ergibt sich die Zustimmung des Vf. zur merklichen Zurückhaltung, die die »neue« Deutschland- und Ostpolitik unter Erhard und auch unter der Großen Koalition noch auszeichnete. Ob allerdings die von Hildebrand so geschätzte Behutsamkeit, die an den wesentlichen rechtlichen Vorbehalten festhielt (und sich damit den Spielraum selbst einengte), auf Dauer genügt hätte, erscheint doch sehr zweifelhaft. Vorsichtige und kluge Zurückhaltung galten bald als Immobilismus, wie der Vf. bedauernd vermerkt, während es »einfach populär« wurde, »ostpolitische Konzessionsbereitschaft zu demonstrieren« (326). So begünstigte der »Zeitgeist«, von einflußreichen Medien geradezu herbeigeschrieben, die SPD (und die FDP), ermöglichte die Ostpolitik Willy Brandts, deren »Ziele und Methoden« sich »fundamental« von der seiner Vorgänger unterschieden (und der Hildebrand, darf man wohl folgern, nicht viel abgewinnen kann).

Breiten Raum nimmt im außenpolitischen Kapitel die Schilderung des seinerzeit in der Union tobenden Zwists zwischen »Atlantikern« und »Gaullisten« ein. Dabei läßt der Vf., auch ohne seine Meinung explizit zu formulieren, keinen Zweifel daran, daß die Position der »Atlantiker« um Außenminister Schröder die der Staatsräson der Bundesrepublik gebotene war. Der französische Staatschef gilt ihm als »nationaler Don Quijote«, der letztlich die wirtschaftlich starke Bundesrepublik nur vor den Karren des französischen Nationalismus spannen wollte. Einen »schwächeren und gewiß kleinlicheren einem stärkeren und sicherlich großzügigeren

Patron« (110) vorzuziehen, war keinesfalls empfehlenswert. Hildebrands dezidiertes Urteil dürfte kaum auf allgemeine Zustimmung stoßen.

Ludwig Erhard: ein bedeutender, aber verkannter Politiker rehabilitiert?

Die innenpolitischen Kapitel beinhalten eine detaillierte Zustandsbeschreibung der Parteien und eine Analyse der wichtigsten Probleme, ihrer Diskussionen und Lösungen. Erwähnenswert sind in diesem Zusammenhang Hildebrands sehr kritische Ausführungen über die Medien, auf die er häufig den pejorativen Begriff der »veröffentlichten Meinung« anwendet. Er schilt sie »miesepeterig«, da sie die zum Sturz Erhards führende »Krise« übertrieben hätten. Anstatt ihrer Informationspflicht in »ausgewogener« Weise nachzukommen, hätten sie sich als »publizistische Avantgarde« der Linken geriert. (Die vom Vf. mehrfach beifällig zitierte NZZ ist davon natürlich ausgenommen.)

Am stärksten dürften die Meinungen wohl auseinandergehen über das Bild, das Hildebrand in den leuchtendsten Farben von Ludwig Erhard zeichnet. Als Kanzler von Golo Mann noch kürzlich als »eine Niete« bezeichnet², erscheint er hier geradezu als ein Visionär, der seiner Zeit weit voraus war und »nicht nur der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch der gesamten freien Welt ... eine gesellschaftspolitische Botschaft hinterlassen hatte, die bereits zu seinen Lebzeiten historischen Rang besaß« (231). Wenn man nach dieser Ankündigung erwartungsvoll, wenn auch noch skeptisch den letzten Abschnitt mit dem pathetischen Titel »Erhards Sturz und die Macht einer Botschaft« liest, wird man freilich ziemlich enttäuscht. Die »Botschaft« ist nämlich nichts anderes als »Wohlstand für alle« und die damit verbundene bürgerliche Freiheit. Sie ist »bis heute ein ebenso bewährtes wie zukunftsweisendes Gegenmodell zur kommunistischen Herausforderung« (237). Niemand wird bestreiten wollen, daß die bürgerliche Freiheit die »ostensible Missionsidee« ist, ohne die »die westliche Welt nicht auszukommen vermag«, und daß die bürgerlichen Freiheiten sich erst bei einem gewissen Wohlstand voll entfalten können. Stehen Denken und Handeln aber so unter dem Primat der Wirtschaft wie bei Erhard (nach Hildebrand glaubte er sogar daran, »Politik allmählich im wirtschaftlichen Zusammenhang aufgehen zu lassen«!), so gerät diese »Botschaft« doch unversehens zu einem vordergründigen Materialismus, der ja ein auch von Hildebrand im Schlußkapitel konstatiertes Charakterzug der bundesrepublikanischen Gesellschaft war. Gewiß zielte der gesellschaftspolitische Entwurf darüber hinaus, aber seine »sittliche Fundierung« bleibt in Hildebrands emphatischer Lobrede reichlich verschwommen. Das christliche Element, das im Selbstverständnis der Union wesentlich zu dieser Fundierung gehörte, spielte in Erhards »Philosophie« eher eine Nebenrolle. Enger verknüpft mit Erhards Kanzlerschaft als die von jedermann erstrebten Ziele Wohlstand und Freiheit ist das umstrittene Konzept der »formierten Gesellschaft«. Im Kern ging es dabei um den Versuch, die Macht der Interessenverbände durch staatliche Autorität zu zügeln, den durch den wuchernden Gruppenegoismus von der Blockierung oder dem Zerfall bedrohten Pluralismus durch die Betonung eines stärker gemeinwohlorientierten Konsenses zu regulieren und damit lebensfähiger zu machen. Zweifellos handelt es sich dabei um ein Zentralproblem aller westlichen Industriegesellschaften, aber das im Ansatz durchaus diskutabile Konzept bot keine Lösung. Es blieb im Diskussionsstadium stecken und »trug zur Gestaltung der Wirklichkeit ... kaum etwas bei« (164).

Auch Hildebrand kann nicht übersehen, daß Erhard als Kanzler kläglich gescheitert ist. Die Hauptursache sieht er nicht, wie es bislang vorherrschende Meinung ist, in Erhards Führungs- und Entscheidungsschwäche (Hildebrand spricht von »seiner scheinbaren Entschluß- und Führungslosigkeit«!), sondern im Parteienstaat und seinen »Verwerfungen«, in den »Gepflogenheiten des etablierten parlamentarischen Interessenspiels« (225). Erhards großes Manko lag

2 Gespräch mit Marion Dönhoff und Theo Sommer in: DIE ZEIT, 30. 8. 1985.

darin, daß er »kein Verhältnis zur existierenden Parteiendemokratie fand und daher an der Macht des Bestehenden scheiterte« (239). Gewiß gebietet es historische Gerechtigkeit, Erhard nicht in erster Linie an seiner Kanzlerschaft zu messen, und es mag auch sein, daß sein Versagen als Regierungschef das Gesamtbild allzusehr getrübt hat, doch Hildebrands Versuch einer Rehabilitierung ist allzu überzogen, um zu überzeugen.

Die Große Koalition: eine »success story«

Die Große Koalition erfährt eine insgesamt faire, unvoreingenommene Darstellung, wenn auch die Behauptung, sie sei »eine durchaus zum parlamentarischen System gehörende Variante der Regierungsbildung und ... keine Anomalie« (246) überspitzt ist, da die durch die kleine FDP verkörperte parlamentarische Opposition für einen »Normalfall« zu verkümmert war und ihre Funktionen allenfalls teilweise erfüllen konnte. Hildebrands positiver Würdigung der Großen Koalition als einer erfolgreichen und populären Regierung wird man zustimmen können (sie findet sich auch schon in Arnulf Barings »Machtwechsel«). Von den wichtigen Vorhaben sei nur die Wahlrechtsreform, mit der sich der Vf. eingehend auseinandersetzt, unerledigt geblieben. Das ist nach Meinung Hildebrands, der offenkundig ein Anhänger der britischen Mehrheitswahl ist, allerdings ein gravierendes Versäumnis, denn wenn auch die Mehrheitswahl »die Stabilität nicht pachtet« (357), so fördert sie sie wenigstens und ihre Vorteile überwiegen bei weitem ihre Nachteile. Zwar räumt Hildebrand ein, daß noch nicht entschieden werden kann, ob es sich um ein »schicksalhaftes Versäumnis« handelt, doch wenn er vom »Scheitern der institutionellen Absicherung der Bonner Demokratie« (362) spricht, wird deutlich, daß er diese Frage für viel wichtiger hält, als es beispielsweise Bundeskanzler Kiesinger tat. Die Schuld dieses Scheiterns schiebt der Vf. zwar zu Recht der SPD zu, aber man muß ein Fragezeichen anbringen, wenn er bei ihr nur »parteiliches Machtkalkül« sieht, während die Union »die Sache des Staates über das Interesse der Partei stellte« (358). Als ob das »Kalkül«, daß die Mehrheitswahl am ehesten noch der CDU/CSU die absolute Mehrheit bringen könnte, gar keine Rolle gespielt hätte!

Die politische Position des Vf., die hier wohl durchscheint, tritt noch deutlicher hervor bei den Porträtskizzen führender CDU- bzw. SPD-Politiker. Über Justizminister Heinemann heißt es, er sei »geradezu hymnisch als das Gewissen der Sozialdemokraten idolisiert« worden. Staatsoberhaupt wurde er, weil er »von der mächtigen Woge der neu anbrechenden Zeit« (267) getragen wurde. Er wird als ein »kühl eifernder ... Polarisierer« geschildert, der »nicht ganz ohne Selbstgerechtigkeit auftrat« (398) und dessen verständnisvolle Haltung gegenüber der »aufmüpfigen Jugend ... auf viele recht abstoßend wirkte« (390/1). Ist hier von Sympathie nichts zu spüren, so macht sie sich um so deutlicher bemerkbar, wenn die Rede auf Kiesinger kommt. Ihn hält Hildebrand als Kanzler keineswegs für schwach, wie Golo Mann noch heute meint (DIE ZEIT), sondern für »außerordentlich befähigt«; er war »eine Ausnahmeerscheinung auf dem Bonner Parkett« (261). Zwar besaß er »eine urbane und gebildete Bürgerlichkeit«, aber gleichzeitig »ein ganz erstaunliches Durchsetzungsvermögen«. Dank der »menschlichen und politischen Souveränität« (261), über die er verfügte, umgab ihn »ein Hauch von Überparteilichkeit« (250). »Manche der abfälligen Urteile« über ihn waren »vom Neid, ja ... von einer Spur Lebensneid durchzogen« (260). Über seine NS-Vergangenheit verliert der Vf. kein kritisches Wort; Kiesingers Beitritt zur NSDAP im Jahre 1933 erscheint beinahe als eine patriotische Pflicht (erwartete er davon doch »einen Aufschwung für das Vaterland«).

Wider den »Geist der Zeit«

Ein die Regierungszeiten beider Kanzler übergreifendes Kapitel handelt »vom Geist der Zeit«, der in den sechziger Jahren umschlug vom »juste milieu« in neue Unruhe, in einen »Aufbruch zu stürmischer, ja erregender und nervöser Expedition in das lockend Unbekannte« (417). Gutes kann Hildebrand an diesem geistigen Klima, das durch die modernen »Sinnproduzenten« der »Kultur-, Bewußtseins- und Bildungsindustrie« vorbereitet wurde (Schelsky läßt grüßen), nicht finden. Es reduziert sich für ihn im wesentlichen auf »die berüchtigte teutonische Unrast«, auf pure politische Romantik einerseits, eine »fundamentale Systemopposition und prinzipielle Kapitalismuskritik« (429), die die Entwicklung der DDR verständnisvoll kommentiert, die Bundesrepublik aber unnachsichtig kritisiert, andererseits. Der antitotalitäre Grundkonsens lockerte sich (greifbar im Verdrängen des Totalitarismusbegriffs durch den Faschismusbegriff), und »der Anschluß an den Westen, an seine politische Kultur der parlamentarischen Repräsentation und der bedächtigen Vernünftigkeit« (420) drohte wieder verlorenzugehen. In diesen Besorgnissen steckt sicher mehr als ein Körnchen Wahrheit, aber Hildebrands Beurteilung ist doch recht einseitig und pauschal (und sein Vertrauen in die Bundesrepublik nicht sonderlich groß). Die in die Zukunft weisenden Aspekte, die die Bonner Republik aus einer drohenden Verkrustung herausführen konnten, geraten gar nicht in den Blick. Und ob die »westliche« politische Kultur so konservativ eingengt werden kann, ist doch sehr die Frage, wenn man etwa über die Rheingrenze nach Frankreich blickt. Im Grunde weigert sich Hildebrand, sich mit dem »Geist der Zeit« überhaupt ernsthaft auseinanderzusetzen; er sperrt sich abwehrend gegen ihn.

Dem Rez. scheint, daß der Vf. die Maxime des Historismus, »den Wert einer Zeit . . . in dem zu suchen, was in ihr selbst liegt« (19), hat zurücktreten lassen gegenüber der damit in einem Spannungsverhältnis stehenden Notwendigkeit – insbesondere bei einer Darstellung dieser Art – einer wertenden Beurteilung, die für eine zeitlich so nahe Periode »mehr noch als sonst vom Standpunkt des Betrachters abhängt« (445). Beurteilungsmaßstab ist für Hildebrand, das gilt für die Außen- und die Innenpolitik wie eben für den »Geist der Zeit«, ein an der Adenauer-Ära orientierter Konservatismus, der Unions-Positionen äußerst verständnisvoll gegenübersteht und bei der Porträtierung und Beurteilung der beiden Kanzler auch die Grenze zur Apologetik überschreitet.

Auch wer die Sicht des Vf. in vielen Punkten nicht teilt, muß die wissenschaftliche Qualität des Werkes anerkennen: Die Materialdichte und der Informationsgehalt wie die Klarheit und die Prägnanz der Darstellung heben es weit über alles hinaus, was bisher zu dieser Zeit geschrieben worden ist. Insofern ist das Selbstbewußtsein des Vf., »für geraume Zeit die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland während der Jahre von 1963 bis 1969 vorgelegt zu haben« (463), keineswegs unbegründet. Hildebrands magnum opus verdient möglichst zahlreiche, aufmerksame und kritische Leser.